Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 365 — Jahrgang 212

Bezugspreis: für Halle und Vororte monatlich Mk. 1,55, vierteljährlich Mk. 4,50 frei Haus. Durch die Post monatlich Mk. 1,65, vierteljährlich Mk. 4,95 außer Postgeld.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe

Dienstag, 29. Juli

Anzeigenpreis: Die 7gesp. 38 mm breite mm-Grundzeile 20 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 60 ₰. Rabatt nach Tarif, Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Neueste Tagesnachrichten

* In der Nationalversammlung lag der Reichsminister Erzberger weiter und beschuldigte von neuem das nationale Deutschland aufs schwerste. Die Sitzung war, wie üblich, laut und tumultartig.

* Die schamlose Politik der Revolutionsherrscher, die willenlos den „Friedensvertrag" unterschrieben haben, hat uns um wesentliche Zugeständnisse gebracht, die die Entente in letzter Stunde zugegeben bereit war.

* Der Reichskalirat stellt eine Erhöhung der Kalipreise in Aussicht. Die Kaliarbeiter drohen trotz des neuen Tarifabschlusses mit einem Generalstreik am 1. August.

* Oesterreichs Frist zur Beantwortung der Friedensbedingungen ist verlängert worden. Auch soll die Entente neue „Zugeständnisse" gemacht haben.

Nochmals Erzberger und Czernin

Hamburg, 28. Juli.

Botschafter Graf Wedel sandte der Hauptschriftleitung der „Hamburger Nachrichten" folgende Mitteilung: „Herr Erzberger hat in Weimar bestritten, daß Graf Czernin ihn veranlaßt habe, nach Wien zu kommen, um ihm Rechenschaft über die Verwertung seines Berichts zu geben. In dem in meinem Besitz befindlichen Briefe des Grafen Czernin heißt es wörtlich: Erzberger hat seinerzeit Kenntnis von meinem Bericht erhalten und **die schwerste Indiskretion begangen.** Er kam nach Wien, **von mir zitiert,** um mir Rechenschaft über sein Vorgehen abzulegen. **Er war damals ganz vernichtet und sah seinen kolossalen Fehler ein.**

Es bestehen über diesen Vorgang nicht nur die Briefe Hohenlohes, sondern auch andere beweiskräftige Dokumente. Das sollte Erzberger bedenken. Staatssekretär Kühlmann weiß auch die Wahrheit."

Und jetzt benutzt dieser gleiche Erzberger seinen Fehler, um dem deutschen Volke seine Lügenpolitik in anderem Lichte erscheinen zu lassen.

Der Bruch mit Ungarn

„Matin" meldet, daß der Oberste Rat der Alliierten beschlossen habe, bei der Einfuhr von Waffen und Munition eine sehr strenge Kontrolle auszuüben, um die Bolschewisten zu verhindern, sich damit zu versorgen.

In einer Besprechung der Mitteilung der Alliierten an Bela Khun stellen die Räte einstimmig fest, daß sie den endgültigen Bruch bedeute. Die Note bedeute die Absage an eine Politik, wie sie jetzt gegen Rußland und Ungarn betrieben worden sei. „Comme Libre" sagt, den Alliierten bleibe keine andere Wahl, als Mitteleuropa den Frieden zu geben. „Gaulois" ist derselben Meinung und fügt hinzu, eine energische rasche Tat allein könne die ungarischen Bolschewisten niederzwingen.

Um die Ausführung des Friedensvertrages

Weimar, 28. Juli.

Unter Vorsitz des Ministerpräsidenten, in Gegenwart des Ministers des Aeußern und des Reichsarbeitsministers und von Vertretern des Reichswirtschaftsministeriums und des Reichsfinanzministeriums hat gestern in Weimar eine Besprechung stattgefunden über die in Versailles festgesetzte Verhandlung betreffend Ausführung des Friedensvertrages im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau Nordfrankreichs. Der Führer der Friedensdelegation in Versailles, Freiherr von Lersner und die Geheimräte Schmitt und Lesuire, die zur mündlichen Berichterstattung von Versailles auf kurze Zeit nach Deutschland gekommen sind, erstatteten eingehend Bericht über den Stand der Verhandlungen.

Wie bereits gemeldet, werden seit zwei Wochen zwischen den zuständigen Stellen der Regierung und den Organisationen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern Verhandlungen gepflogen, in welcher Weise der von dem Verband im Friedensvertrage geforderte Wiederaufbau bewerkstelligt werden kann. Wie wir von eingeweihter Seite erfahren, begibt sich morgen eine Kommission, bestehend aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern, nach Versailles, um mit der französischen Regierung in Besprechung der Einzelheiten der Regelung einzutreten. Bevor die Grundlinien nicht endgültig festgelegt sind, kann auch den Arbeitern, die nach Frankreich zu gehen wünschen, über Bedingungen, Lohn und Unterkunftsverhältnisse keine Auskunft erteilt werden.

*

Der Handel mit Italien

Rom, 27. Juli.

Ein Dekret verkündet die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Deutschland. Jedoch werden die Syndikate zur Verwaltung der beschlagnahmten feindlichen Güter ihre Tätigkeit fortsetzen, bis von der Friedenskonferenz endgültige Beschlüsse gefaßt worden sind. Die einschränkenden Bestimmungen über Zahlungen an feindliche Staatsangehörige bleiben mit einigen Ausnahmen in Kraft.

Erzbergers Volksbetrug

Unter dieser Ueberschrift nimmt Dr. Helfferich in der „Kreuzzeitung" von neuem Stellung gegen Erzberger:

Die Veröffentlichung des früheren Reichskanzlers Michaelis und des Generals Ludendorff, meine eigenen Feststellungen in der „Kreuz-Zeitung" vom letzten Sonnabend, sowie meine weiter angestellten Nachforschungen gestatten ein in großen Zügen vollständiges und unanfechtbares Urteil über den Erzbergerschen Vorstoß, obgleich der Wortlaut der Depesche der britischen Regierung an ihren Vertreter beim Vatikan, die das „englische Friedensangebot" enthalten haben soll, immer noch nicht veröffentlicht ist und obgleich auch eine Aeußerung des für die diplomatische Behandlung der Angelegenheit sachlich in erster Linie verantwortlichen Herrn v. Kühlmann noch fehlt.

Ich kann heute im Zusammenhang folgendes feststellen:

1. Das Telegramm des Foreign Office an den britischen Gesandten beim Vatikan, auf dessen Veröffentlichung im ungekürzten Text und in der Aussprache unter allen Umständen bestanden werden muß, war in der Tat nichts anderes als eine Stellungnahme des Foreign Office zu der Friedensnote, die der Papst am 1. August an alle kriegführenden Mächte gerichtet hatte. Das Telegramm war also kein Schritt aus der Initiative der englischen Regierung.

2. Der Inhalt des Telegramms war nichts weniger als ein Friedensangebot; er unterschied sich kaum von der unverschämten Antwort, die von den Ententemächten am 10. Januar 1917 auf die Friedensnote des Präsidenten Wilson erteilt worden war und die im deutschen Volk bei allen Parteien, sogar bei Herrn Erzberger, einhellige und entrüstete Ablehnung fand.

3. Der ernste Wille des Papstes, den Frieden herbeizuführen, hat diesen den kaum aussichtsvollen Versuch unternehmen lassen, durch eine Erkundung der deutschen Absichten über Belgien die Friedenssache vorwärts zu bringen.

4. Der Reichskanzler und der Staatssekretär des Auswärtigen haben den Brief des Nuntius, in dem die deutsche Regierung um eine Klarlegung ihrer Stellung zur belgischen Frage ersucht wurde, zum Anlaß genommen, in dem Kronrat vom 11. September eine Entscheidung des Kaisers herbeizuführen, die ihnen für die bedingungslose Wiederherstellung der belgischen territorialen Integrität und der vollen belgischen Souveränität für den Zweck der Einleitung und Durchführung von Friedensverhandlungen vollkommen freie Hand gab.

5. Reichskanzler und Staatssekretär, die zwar geneigt waren, an die — nicht vorhandene — englische Initiative auf Grund der Mitteilungen des Nuntius zu glauben, waren auf Grund des Wortlautes der Depesche der Foreign Office und anderer Wahrnehmungen skeptisch in bezug auf die Ehrlichkeit des britischen Willens zu einem Verständigungsfrieden. Eine Nachprüfung dieses britischen Verständigungswillens erschien vor einer Festlegung unseres Verzichtes auf Belgien erforderlich. Diese Nachprüfung wurde aus den von Herrn Michaelis angegebenen Gründen, die teilweise in der Indiskretion des Herrn Erzberger lagen, auf einen anderen Weg als über den Vatikan versucht. Die für diesen Zweck gewählte neutrale Vertrauensperson wurde dahin informiert, daß Voraussetzung für Friedensverhandlungen sei: die Erhaltung unseres vorkriegerischen Besitzstandes einschließlich der Kolonien, die Abstandnahme von Kriegsentschädigungen und der Verzicht auf einen Wirtschaftskrieg nach dem Kriege; also das Programm der Julireso lution.

6. Die Nachprüfung der britischen Friedenswilligkeit und Verhandlungsbereitschaft hatte ein negatives Ergebnis.

Das wesentliche dieses Sachverhalts, das Fehlen jeder britischen Initiative zu einem Friedensschritt und die gänzliche Abneigung Englands und seiner Verbündeten, mit Deutschland dessen Kriegsziele auch nur zu diskutieren, läßt sich nachkontrollieren an Hand der russischen Geheimdokumente. Ueber den vorliegenden Fall hat der russische Geschäftsträger in London an seine Regierung berichtet:

„Balfour berief heute die Vertreter der verbündeten Großmächte Frankreich, Italien, Amerika, Japan und Rußland und machte folgende streng vertrauliche Mitteilungen: Der spanische Minister erklärte dem großbritannischen Botschafter in Madrid, daß eine sehr hochstehende Persönlichkeit in Berlin den Wunsch ausgesprochen habe, mit England in Friedensverhandlungen einzutreten. Die großbritannische Regierung ist nach dem Empfang dieser Meldung ihres Vertreters vor die Alternativ gestellt worden, entweder die Erklärung Deutschlands unbeantwortet zu lassen oder aber mit möglichster Vorsicht zu antworten. Der erstere Weg würde der deutschen Regierung die Möglichkeit geben, die Weigerung Englands zur Festigung ihrer eigenen Stellung in Deutschland auszunutzen und, was noch wichtiger ist, die schon ohnehin reichlich verwerfliche Agitation in Rußland zu stärken in dem Sinne, daß England direkt die völlige Vernichtung Deutschlands wünsche und Rußland und die anderen Verbündeten mitziehe. Die großbritannische Regierung wird daher durch ihren Botschafter in Madrid folgende Antwort geben:

Die Regierung Seiner Majestät wäre bereit, eine Mitteilung entgegenzunehmen, welche die deutsche Regierung ihr über den Frieden abzugeben wünsche, und diese Mitteilung mit ihren Verbündeten zu beraten. ....

Bei der Beratung dieser Frage sind wir zu dem einheitlichen Schluß gekommen, daß es das Bestreben Deutschlands ist, die Alliierten in eine Prüfung der Friedensbedingungen Deutschlands hineinzuziehen. Der jetzige Versuch Deutschlands bestätigt die in meinem Telegramm Nr. 761 ausgesprochenen Befürchtungen."

Dieser Bericht ergibt: Eine vermeintlich aus deutscher Initiative hervorgegangene Anfrage wegen der Möglichkeit von Friedensverhandlungen wird nur aus taktischen Rücksichten nicht einfach unbeantwortet gelassen: man will die deutsche Regierung durch eine solche Schroffheit nicht gegenüber dem eigenen Volke stärken und man will den russischen Bolschewisten nicht durch das offene Bekenntnis zur Vernichtung Deutschlands Wasser auf die Mühlen leiten. Darum eine Antwort, aber eine „möglichst vorsichtige"! Man erklärt nicht, daß man zu Verhandlungen bereit ist, sondern man will sich darauf beschränken, eine deutsche Mitteilung entgegenzunehmen und mit seinen Verbündeten zu beraten. Denn man will sich um keinen Preis in eine Prüfung der deutschen Friedensbedingungen „hineinziehen" lassen. **Man ist eben entschlossen, die eigenen Friedensbedingungen Deutschland einfach aufzuerlegen.** Niemand von den Vertretern der Alliierten hat sich danach gesorgt, wie man die vermeintliche deutsche Initiative behandeln müsse, um zum Frieden zu kommen; die einzige Sorge war, wie die deutsche Anfrage zu behandeln sei, um in einer für die Alliierten nicht geradezu kompromittierenden Form Friedensverhandlungen unmöglich zu machen! — Der spanische Minister des Auswärtigen scheint über die ablehnende Kälte des britischen Kabinetts so betroffen gewesen zu sein, daß er die ihm erteilte Antwort überhaupt gar nicht erst nach Berlin weitergab. Wenigstens hat späterhin im Dezember 1917, als die Angelegenheit infolge der Veröffentlichung der russischen Geheimdokumente öffentlich erörtert wurde, das deutsche Auswärtige Amt erklärt, daß es von der Bereitwilligkeit der britischen Regierung, überhaupt eine Mitteilung der deutschen Regierung entgegenzunehmen, erst durch die Erklärung Balfours im Unterhaus Kenntnis bekommen habe.

Und die britische Regierung, die eine vermeintliche Friedensinitiative der deutschen Regierung mit dieser ablehnenden Kälte aufnahm, soll wenige Wochen zuvor ihrerseits einen Friedensschritt bei Deutschland durch Vermittlung des Papstes unternommen haben? Soll außerdem ihren Alliierten bei der Beratung über die vermeintliche deutsche Friedensinitiative von diesem ihren eigenen Schritt, der nach Erzberger zudem in Uebereinstimmung mit Frankreich unternommen worden sein soll, nicht ein Sterbenswörtchen gesagt haben? — Da glaube ich doch lieber Herrn Balfour, der erklärte, niemals habe sich die britische Regierung durch dritte Vermittlung in der Friedensfrage an Deutschland gewendet als Herrn Erzberger, der jetzt plötzlich, wo ihm das Wasser bis an die Ohren gestiegen ist, die für ihn entlastende Entdeckung macht, die Reichsregierung habe im September 1917 das Verbrechen begangen, einen englischen Friedensversuch abzulehnen.

Aber ist denn diese Behauptung des Herrn Erzberger nicht die stärkste Selbstbezichtigung? — Wir wissen durch Herrn Michaelis, daß Herr Erzberger das Schreiben des Nuntius Pacelli an den Reichskanzler bereits kannte, ehe es seinen Adressaten erreichte. Und wir wissen durch Herrn Erzberger selbst, daß er auch die Antwort des Reichskanzlers an den Nuntius erfuhr, wenn er nicht etwa auch diese bereits avant la lettre gekannt hat:

„Ende September war ich in München. Ich kannte den Nuntius seit längerem als persönlichen Freund. Er kam mir mit Tränen entgegen: Die armen Völker! Damit war der von England über den Heiligen Stuhl eingeleitete Versuch erledigt."

So Herr Erzberger! Und dieser Herr Erzberger, der heute Sturm läutet, ging damals friedlich nach Hause. Dieser Herr Erzberger, der sonst von Indiskretion überfließt, der die geheimsten Immediatberichte in Parteiversammlungen vorliest, verschloß das Verbrechen, das er im Werden beobachtete, in den tiefsten Tiefen seines Herzens, um es nach zwei Jahren her-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191907291-10/fragment/page=0001

vorzuhoten, gerade in dem Augenblick, als die verhängnisvollen Folgen seiner entsetzlichen Fuhrwerkerei vom Sommer 1917 allen Augen offenbar werden! Wenn Herr Erzberger als eine der ganz wenigen Personen, die — im Gegensatz zu den meisten Staatssekretären und zu der Obersten Heeresleitung — den Schriftwechsel Pacelli-Michaelis damals schon kannte und in ihm das Verbrechen der Vereitelung eines ernstlichen britischen Friedensversuches sah, warum hat dann der mächtige Abgeordnete sich eine seinem Wesen gänzlich fremde Zurückhaltung auferlegt? Warum hat er nicht eingegriffen, um das Unheil zu verhüten oder wiedergutzumachen? Warum hat er nach wie vor seine schützende Hand über den materiell für die Behandlung des Pacelli-Briefes verantwortlichen Staatssekretär v. Kühlmann gehalten?

Wenn aber Herr Erzberger, der damals wußte und schwieg, heute den Briefwechsel Pacelli—Michaelis zu dem ungeheuren Verbrechen einer vereitelten Friedensmöglichkeit aufbauscht, wenn er gegen besseres Wissen — entgegen der vom Kaiser getroffenen Entscheidung und der dem neutralen Vertrauensmann gegebenen Information behauptet, die Friedensmöglichkeit sei an militärischen und schwerindustriellen Forderungen in bezug auf Belgien gescheitert, wenn er mit dieser Behauptung aufs neue ungeheure Erregung in das deutsche Volk hineinträgt, um Scheiterhaufen für seine politischen Gegner aufzuschichten und seine eigene kompromittierte Person unbemerkt in Sicherheit zu bringen, — so ist das nichts als ein gewissenloser und niederträchtiger Volksbetrug, von einer vorbildlosen Dreistigkeit, ein Volksbetrug, der dem bisherigen unverantwortlichen Treiben des Reichsverderbers die Krone aufsetzt.

Mag die schwarz-rote Mehrheit ihren Erzberger an den Mauern anschlagen! Der Tag der Wahrheit kommt doch!

Erzberger lügt unentwegt weiter

Nationalversammlung

68. Sitzung. **Weimar**, 28. Juli.

Am Regierungstische: **David**, Erzberger, Müller, Preuß.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 20 Min. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der allgemeinen politischen Aussprache über die Erklärungen der Regierung.

Abg. **Loebe** (Soz.) wiederholt den Antrag, den Gesetzentwurf über den Staatsgerichtshof, der an zweiter Stelle auf der Tagesordnung steht, mit der allgemeinen politischen Debatte zu verbinden. Die Frage des Staatsgerichtshofes stehe mit diesem Gegenstand in Verbindung.

Abg. Schulz-Bromberg (Deutschnational) erhebt dagegen Widerspruch.

Abg. **Haußmann** (Dem.) stimmt dem Antrage Loebe zu.

Der Antrag Loebe wird mit großer Mehrheit **angenommen**.

Reichsminister des Innern Dr. **David**: Die Frage nach der Schuld am Kriege, nach der Verantwortlichkeit für seine Verlängerung und für seinen Verlust bewegt heute alle Teile unseres Volkes aufs tiefste, und deshalb hat die Regierung den dringenden Wunsch, daß der Entwurf eines Staatsgerichtshofes so rasch wie möglich verabschiedet wird. Aber die Herren von der Rechten scheinen zu fürchten, daß die Ergebnisse der Untersuchungen eines solchen Staatsgerichtshofes den früheren Machthabern und dem früheren Regierungssystem nicht günstig sein möchten. Es liegt ein Antrag Heinze vor, der darauf hinausgeht, den Entwurf völlig zu verwässern. (Abg. Kahl: Objektiver zu gestalten!) Er wünscht, daß unter Ausschluß aller dem Parlament angehörigen Personen ein Ausschuß eingesetzt werden soll, der sich zusammensetzen soll aus namhaften Historikern und parlamentarisch geschulten Juristen. Wir sind der Meinung, daß unser Entwurf eine viel solidere und bessere Gewähr bietet für eine gründliche und objektive Arbeit. Er sieht vor die Einsetzung eines parlamentarischen Ausschusses von 15 Mitgliedern, indem alle Parteirichtungen vertreten sind, und der die Vorarbeiten erledigen soll. Dazu tritt dann als zweite Instanz der Staatsgerichtshof, zusammengesetzt aus fünf Berufsrichtern und zehn weiteren Mitgliedern, die zu je fünf vom Staatenausschuß und von der Nationalversammlung gewählt sind. Damit sind alle Garantien gegeben, daß auch dem rein juristischen Standpunkt bei der Beratung und Beurteilung des Materials nichts versäumt wird. Was die Reichsregierung anlangt, so wünscht sie weiter nichts als Wahrheit und Gerechtigkeit nach allen Seiten hin. Die dem Waffenstillstand betreffenden Dokumente werden schon in den allernächsten Tagen der Oeffentlichkeit unterbreitet. (Bravo!) Die volle Wahrheit, die auf diese Weise an den Tag kommen wird, mag für einzelne schmerzlich und folgenschwer sein. Der Gesamtheit des Volkes wird sie zum Segen gereichen. (Beifall.)

Abg. **Gothein** (Dem.): Der Abg. Haase hat unsere Haltung in der Friedensfrage bemängelt. Ich stelle fest, daß wir von vornherein den Friedensvertrag für unerträglich und unerfüllbar und deshalb auch für unannehmbar gehalten haben. Wir haben das sei ausdrücklich hervorgehoben, vor den Folgen unserer Haltung keine Furcht gehabt. (Widerspruch der Unabhängigen Sozialdemokraten.) Das von Herrn Graefe so heftig angegriffene parlamentarische System muß sich erst einleben und hat dabei mit ungeheuren Schwierigkeiten zu kämpfen. Unbestreitbar hat der letzte Träger der Kaiserkrone die Beziehungen zum Auslande persönlich mehr gefährdet als verbessert infolge seines Mangels an Erkenntnis der politischen Notwendigkeiten. Er trägt einen wesentlichen Teil der Schuld an unserem Unglück. (Erneuter Beifall.) Wir verteidigen aufs schärfste die republikanische Staatsform. (Unbaltender lebhafter Beifall.) Es wird immer überlegen, daß Wilsons Friedensvermittlungsversuch nicht seiner eigenen Initiative entsprang, sondern daß er von uns unmittelbar aufgefordert worden war. Als er sich endlich bereit erklärte, befanden wir uns wieder in einer militärisch günstigen Lage, und da wollte man ihn wieder ausscheiden durch das eigene Friedensangebot. Als es trotzdem Bernstorff gelungen war, den schwer gekränkten Präsidenten zur Fortsetzung seines Versuches zu veranlassen, da erhielt er durch uns einen Schlag ins Gesicht durch die Erklärung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges. Die Entscheidung darüber ist in einer Kabinettssitzung vom 8. Januar 1917 gefallen in Anwesenheit Bethmanns und des Staatssekretärs des Aeußern. (Lebhafte Bewegung: Zurufe: Schuld der Konservativen.) Nein, das war nicht eine einzelne Schuld der Konservativen, auch die Mehrheit des Reichstages trifft hier eine Mitschuld. Im Haushaltsausschuß ist auf Antrag Gröber beschlossen worden, die Entscheidung über den U-Boot-Krieg sei als rein militärische Frage allein durch die militärischen Gewalten vorzunehmen. (Widerspruch des Abg. Gröber.) Ueber die Verständigungspolitik hatte sich meine Partei bereits mit den Nationalliberalen und den Mehrheitssozialisten verständigt, als Erzberger seine große Rede im Ausschuß hielt. Sie brachte uns nur die Gewißheit, daß auch das Zentrum für einen Verständigungsfrieden ist. Gerade hängen an den Völkerbund sollen wir uns nicht. Wir hoffen, daß die sittlichen Kräfte unseres Volkes die Krise überwinden werden. (Beifall bei den Demokraten.)

Reichsminister des Auswärtigen Müller:

Die Fragen der Auswanderung und der Arbeitsschutzes im diplomatischen Dienste werden bereits von der Regierung mit Aufmerksamkeit verfolgt. In der Frage der Räumung des Baltikums ist schon vor längerer Zeit ein Uebereinkommen zustande gekommen, daß ein Nachschub in das Baltikum nicht mehr stattfinden soll. In dem Falle Axelrod ist zu sagen, daß die Tiroler Behörden Axelrod an Bayern ausgeliefert haben. Das Auswärtige Amt hat über dessen Exterritorialität ein Gutachten abgegeben und diese verneint. Axelrod wird freigelassen werden, sobald die russische Sowjetregierung erklären wird, daß er mit ihrer Genehmigung nicht wieder nach Deutschland zurückkehren wird. Der damalige Reichskanzler Prinz Max von Baden wollte die Friedensvermittelung nicht sofort unter dem Drucke des militärischen Zusammenbruches in die Hand nehmen. Er richtete deshalb die bestimmte Anfrage an die Oberste Heeresleitung, ob diese sich bewußt sei, daß die Einleitung einer Friedensaktion unter dem Drucke der militärischen Zwangslage zu dem Verluste deutscher Kolonien und deutschen Gebietes führen könne. (Hört, Hört!) Die Oberste Heeresleitung erklärte, daß sie bei der Forderung der

sofortigen Uebermittlung des Friedensangebotes

stehen bleiben müsse. (Hört, Hört!) Die militärische Lage führte also zum Waffenstillstande. Der Minister Erzberger hat also durchaus recht gehabt. Zu dem Schritte, den der Nuntius Pacelli am 30. August 1917 unternahm, habe ich für heute nur folgendes zu erklären: Das Schreiben des Nuntius ist, wie wir inzwischen festgestellt haben, erst am 5. September in Berlin eingetroffen. (Hört, Hört!) Dadurch wird die Spannung auff 19 Tage vermindert. Die Frage der englischen Regierung war als Anlage diesem Schreiben beigegeben. Sie hatte kein Datum und lautete in Uebersetzung:

„Wir haben noch keine Gelegenheit gehabt, unsere Verbündeten über die Note Seiner Heiligkeit zu befragen, und sind nicht in der Lage, uns über eine Beantwortung der Vorschläge Seiner Heiligkeit betreffend Bedingungen eines dauernden Friedens zu äußern. Unserer Ansicht nach besteht keine Wahrscheinlichkeit dafür, diesem Ziel näher zu kommen, so lange nicht die Zentralmächte und ihre Verbündeten in offizieller Form über ihre Kriegsziele und darüber sich geäußert haben, zu welchen Wiederherstellungen und Entschädigungen sie bereit sind, durch welche Mittel in Zukunft die Welt vor der Wiederholung der Greuel, unter denen sie jetzt leidet, bewahrt werden könnte. (Hört, Hört!) Sobt hinsichtlich Belgiens — und in diesem Punkte haben die Zentralmächte anerkannt, im Unrecht zu sein — ist uns niemals eine bestimmte Erklärung über ihre Absicht bekannt geworden, die völlige Unabhängigkeit wiederherzustellen und die Schäden wieder gut zu machen, die sie es hatten erdulden lassen. (Hört, hört!) Seiner Eminenz dürften zweifellos die Erklärungen gegenwärtig sein, die von den Alliierten in Beantwortung der Note des Präsidenten Wilson abgegeben worden sind. Weder von Oesterreich noch von Deutschland ist jemals eine ioiche äquivalente Erklärung erfolgt. Ein Versuch, die Kriegführenden in Uebereinstimmung zu bringen, erscheint so lange vergeblich, als wir nicht über die Punkte im Klaren sind, in denen ihre Ansichten auseinandergehen."

Aus diesem Schreiben geht zur Evidenz hervor, daß die belgische Frage

das Kernproblem der Friedensfrage

war. (Sehr richtig!) Neben diesem Schritte ging ein anderer Schritt einher. Durch das Auswärtige Amt war Fühlung genommen worden mit einem neutralen Diplomaten zu dem Zwecke, daß er mit England Fühlung nehmen solle, und dieser Schritt war bereits eingeleitet, bevor die Note des Nuntius in Berlin eingetroffen war. Die belgische Frage war dann im Kronrat vom 11. September zum Gegenstand einer Beratung gemacht worden. Aufzeichnungen über die Tagung dieses Kronrates konnten bisher im Auswärtigen Amte leider noch nicht gefunden werden. Ueber die Vermittelung der neutralen Macht ist inzwischen einiges bekannt geworden. Ich bin in der Lage, mitzuteilen, daß es sich dabei um einen spanischen Diplomaten gehandelt hat. Balfour soll damals streng vertraulich mitgeteilt haben, daß eine hochgestellte Persönlichkeit in Berlin dem dortigen spanischen Botschafter gegenüber den Wunsch geäußert habe, mit England in Friedensverhandlungen zu treten. Spanien habe abgelehnt, aber es nicht für angezeigt gehalten, diese Erklärung Deutschlands vor England zu verheimlichen. Der englische Botschafter antwortete, er wisse nicht, wie seine Regierung sich verhalten würde, werde aber nachfragen. Bedingung sei, die Ansprüche Deutschlands zu kennen. Die englische Regierung habe den Alliierten mitgeteilt, sie werde mit aller möglichen Vorsicht herantreten. Dem Botschafter gab sie die Antwort, die Regierung werde bereit sein, eine Mitteilung anzunehmen, die Deutschland machen würde. Diese Mitteilung würde sie ihren Verbündeten weitergeben. Das deutsche Ziel sei doch nur ein Mandver Kühlmanns gewesen, um die Friedensbedingungen, die Deutschland gestellt würden, kennen zu lernen. Eine genaue Kenntnis der deutschen Kriegsziele war nicht zu erhalten. Dem Einwurf gegenüber, daß große Erfolge an der Westfront erfochten seien und infolgedessen die Stimmung im Lande sich gehoben und ein Umschwung in der Lage sich vollzogen habe, habe sie damiber gehalten, daß der Geist der deutschen Soldaten entsprechend gesunken sei. Daraus entnehme ich als zweifellos, wie die alliierten Regierungen die militärische und politische Lage auffaßten: sie waren ihrer Sache sicher, hatten Amerika auf ihrer Seite und waren, wie Lloyd George es ausdrückte, fest überzeugt, daß die Zeit für sie arbeitete. Deshalb verlangten sie genaue

Präzisierung des Kriegszieles.

Dreierlei stelle ist nun fest:

1. daß der Reichskanzler Michaelis den Parteiführern von der Note Pacellis vom englischen Friedensangebot nichts mitgeteilt hat (Hört! Hört!);
2. daß den Parteiführern die Abgabe einer präzisen Erklärung über Belgien versprochen wurde, und
3. daß die Antwort Michaelis' auf die Note genau das Gegenteil einer solchen präzisen Erklärung ist.

Ueber den Fall Manheim verstehe ich vollkommen die Erregung in den Kreisen der Bevölkerung. Die Hauptsache ist, festzustellen, ob die Stadt Berlin völkerrechtlich mit einer Buße von 1 Million Franken in Geld belegt werden kann. Wir erkennen die Forderung nicht als berechtigt an. (Beifall.) Meine Rede soll nichts als Fürsorge für das Ausland gewesen sein. Soll ich etwa als Minister des Auswärtigen hier eine Rede halten, wie Graf Westarp auf dem deutschnationalen Parteitage? (Heiterkeit.) Siemar geradezu auf die Eroberung der uns entrissenen Gebiete eingestellt. Meine Politik muß auf Erhaltung des Deutschtums im Auslande eingestellt sein. Ich bin, entgegen der Behauptung meiner Gegner, dem Völkerbund nicht nachgelaufen. Ich habe allerdings en die Völker appelliert für eine bessere Ausgestaltung des Völkerbundes zu wirken; denn darin erblicke ich die einzige Hoffnung auf die enotwendige Revision des Vertrages. (Lebhafte Zustimmung in der Mitte und links.) Bismarck hätte es niemals dahin kommen lassen, daß Generale so in die Politik eingemischt hätten, wie es in diesem Kriege geschehen ist. Lesen Sie nun, was er über die Fallenstiller geschrieben hat. Wie Ludendorff die Kraft Deutschlands von Finnland bis Mesopotamien verzettelt und zersplittert hat, darf kein wahrer Feldherr handeln. (Lebhafter Beifall.) Ludendorff ist neben Tirpitz der größte Verderber gewesen. (Andauernder lebhafter Beifall in der Mitte und links, der sich verstärkt, als die Deutschnationalen fortgesetzt „Pfui!" rufen.) Ich werde meine Politik entsprechend meinem Programm weiterführen, so lange ich das Vertrauen der Mehrheit dieses Hauses hinter mir weiß. (Anhaltender Beifall in der Mitte und links.)

Abgeordneter Schulz-Bromberg (Deutschnat.):

Die Waffenverteilung auf dem Lande ist notwendig gewesen zum Schutz gegen Raub und Plünderung. (Unruhe bei den Sozialisten.) Man kann doch die auf Verlangen der Regierung aufgestellte Einwohnerwehr nicht ohne Waffen lassen. (Unruhe links.) Wendet sich der Landwirtschaftsminister nicht auch gegen den Landarbeiterverband? Wir vermissen bei dieser Regierung die Objektivität, die wir bei früheren geschätzt haben. (Andauerndes Gelächter.) Der Kaiser hat in Deutschland wie im Auslande als Friedenskaiser gegolten. (Lebhafter Beifall der Deutschnationalen.)

Die Enthüllungen Erzbergers

bedürfen noch großer Ergänzungen, wenn die reine Wahrheit festgestellt werden soll. Es liegt eigentlich kein englisches Friedensangebot, sondern nur eine englische Antwort auf das des Papstes vor. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Darin war noch den Erzberger nicht mitgeteilten Bemerkungen der Michaelisschen Antwort ein Versuch enthalten, Deutschland die Schuld am Kriege aufzuladen. Das konnten wir uns nicht zumuten lassen. (Lebhafter Beifall.) Erzbergers Enthüllungen über den Friedensschluß haben schärfsten Widerspruch hervorgerufen. Auch die Erklärungen der feindlichen Staatsmänner beweisen, daß niemals ein Friedensangebot Deutschlands erfolgt ist. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Die Behauptungen Erzbergers, daß die Antwort vier Wochen verzögert ist, wird dadurch zunichte, daß nur ein Zeitraum von 19 Tagen in Frage kommt. Für eine Entscheidung von so ausschlaggebender Bedeutung ist dies verhältnismäßig eine kurze Spanne Zeit. Weshalb hat Erzberger nicht schon damals offenherzig gesprochen, wenn er wußte, daß das Vaterland in Gefahr war? Weshalb hat Erzberger damals nicht seine große politische Macht für Klärung der Dinge eingesetzt? (Beifall rechts.) Nach dem durch das Wolffsche Büro veröffentlichten Bericht über eine damalige Ausschußsitzung hat sich Erzberger, der allein Kenntnis von diesen Dingen gehabt hat, ausdrücklich hinter die Regierung gestellt. (Hört! Hört!) Was hat Herr Erzberger darauf zu antworten? Was hat er ferner zu den gestrigen Mitteilungen der „Hamburger Nachrichten" zu sagen? Erzberger hat bestritten, daß Graf Czernin ihn veranlaßt habe, nach Wien zu kommen, um Rechenschaft abzulegen. Graf Czernin schrieb in einem Brief:

„Erzberger hat die schwerste Indiskretion mit meinem Bericht begangen. Er kam nach Wien, von mir zitiert, um Rechenschaft über sein Vorgehen abzulegen. Damals war er ganz vernichtet. (Hört! Hört! Große Bewegung.) Wir wußten von nichts, haben also keine Verantwortung, aber Erzberger hat die Fäden in der Hand. Er hatte Kenntnis von den Dingen und tat nichts dagegen. Er ist zuletzt berechtigt, anderen Vorwürfe zu machen." (Lebhafter Beifall rechts.)

Ein ungeheurer Vorwurf ist es, daß die Vaterlandspartei zur Verhinderung des Friedensschlusses gegründet worden sei. (Sehr richtig! rechts.) Ist Herrn Erzberger entfallen, daß zahlreiche Mitglieder des Zentrums Mitglieder der Vaterlandspartei waren? Es gab Anhänger der Vaterlandspartei bis in die Reihen der Sozialdemokraten. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Die Vaterlandspartei wollte

dem Vaterlande eine moralische Stütze

in seiner Seelennot sein und den Siegeswillen aufrecht erhalten. Wenn die Persönlichkeit des Grafen Westarp hier hineingezogen wird, dann kann ich auch auf die Führer der Demokraten, Müller-Meiningen, Haenisch und Wiemer hinweisen. Sie (zu den Sozialdemokraten gewendet) werden wohl schon heute im stillen Kämmerlein in sich gehen und die Vorwürfe gegen uns bedauern. (Lärm und anhaltende Zurufe bei den Soz.) Meine Herren, schämen Sie sich nicht? (Zuruf bei den Sozialisten: Nein! Nein! Andauernder Lärm, der Präsident bittet den Redner, solche Ausdrücke zu unterlassen.) Ich bitte um Entschuldigung, wenn mir in der Erregung über die Zurufe ein solcher Ausdruck entfallen ist. Wir werden uns gegen die Stellung der Minister, die nun einmal, Gott sei geklagt, weil sie Parteipolitiker sind, am Regierungstisch sitzen und fortdauernd „Aufklärung" im Volke schaffen. Die Wahrheit mit uns! (Lebhafter, wiederholter Beifall rechts.)

Reichsministerpräsident Bauer:

Ich habe nicht, wie Herr Haase behauptet, einen gesetzlichen Arbeitszwang angekündigt, sondern ausdrücklich erklärt, die Regierung denke nicht daran, mit Zwangsmaßnahmen vorzugehen. Deutschland hat für die Demokratisierung und den Sozialismus bisher mehr geleistet als Oesterreich. Die Vorlage über die Betriebsräte wird noch in dieser Woche der Nationalversammlung zugehen. Die Streiks in diesem Ausmaße sind die Folge der verbrecherischen Politik der herrschenden Klassen bis zur Revolution. Für die Sünden des alten Regimes Verantwortungen zu übernehmen, muß die neue Regierung ablehnen. Sie würde sonst Selbstmord begehen. Eine

Rückkehr der Monarchie

ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Rufe rechts: Abwarten!) Die Engländer haben allerdings weitgehende Forderungen aufgestellt, aber sie haben immer wieder ihre Bereitwilligkeit zu einer Verständigung erklärt, sobald Deutschland einmal seine Kriegsziele wirklich klar umschrieben bekannt geben würde. Das hat aber die deutsche Regierung stets abgelehnt oder wenigstens vermieden. (Sehr richtig! links.) Reichsminister Erzberger hat am Freitag den geheimen Notenwechsel bekannt gegeben. Darauf sind inzwischen schon Erklärungen des Reichskanzlers Michaelis und des Generals Ludendorff erschienen. Gegenüber diesen beiden Erklärungen gebe ich Ihnen zwei Niederschriften aus jenen Tagen bekannt, die eine am 12. September 1917, also am Tage nach dem Kronrat, von Herrn Michaelis an Herrn Generalfeldmarschall von Hindenburg gerichtet, die zweite, vom 15. September 1917, die Antwort Hindenburgs enthaltend, der eine Denkschrift Ludendorffs beiliegt. Herr Michaelis schreibt am 12. September 1917 u. a. an Hindenburg:

„Nach Abschluß der gestrigen Verhandlungen unter Vorsitz Seiner Majestät drängt es mich, Ihnen und General Ludendorff den Dank dafür auszusprechen, daß Sie beide

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191907291-10/fragment/page=0002

so weitsichtiger Weise und weitab von einseitigem Standpunkt militärischer Gesichtspunkte mich darin unterstützt haben, ein gutes Kriegsziele für den Fall zu umgrenzen, daß wir bald, etwa im Herbst oder Frühjahr, zu Friedensverhandlungen kommen. Ich nehme als Forderungen der Obersten Heeresleitung, an den unbedingt nach ihrer Meinung festgehalten werden muß, in unsere Verhandlungspläne auf, daß die beide zum Schutz unserer westlichen Industrie, in erster Linie Lüttich und ein Sicherungsgelände fordern, und daß, wenn Belgien alles getan hat, was zur Sicherung des wirtschaftlichen Anschlusses von uns gefordert wird, was natürlich mehrere Jahre von den ersten Friedensverhandlungen ab dauern würde, die militärische Sicherung fortfallen kann. An Eure Exzellenz habe ich nur die dringende Bitte, daß wenn, wie zu erwarten, Besucher ins Hauptquartier kommen, die einer einseitigen annexionistischen Richtung angehören, diesen von Ihrer Auffassung Kenntnis zu geben, damit die extremen Wünsche eingedämmt werden. Man muß den Leuten vorhalten, was die Feinde mit uns vorhatten, und was wir erreichen."

Es folgte darauf die Antwort Hindenburgs vom 4. September, worin es u. a. heißt:

„Ich verhehle mir nicht, daß in der Marine und in weiten patriotischen Kreisen ein Verzicht auf die flandrische Küste als ein schwerer Schlag empfunden wird, der nur dann gemildert wird, wenn die auch von Eurer Exzellenz der Marine zugesagten Kompensationen zur Tat werden. Ich sehe mit General Ludendorff diese Kompensationen in Stützpunkten in und außerhalb unseres Kolonialreiches. Die wirtschaftliche Angliederung Belgiens an Deutschland wird ohne einen Druck auf Belgien auch nach Friedensschluß nicht abgehen. Hierzu wird eine mehrjährige Okkupation dienen, die aus militärischen Gründen auch dann nötig werden wird, wenn England und Amerika Frankreich räumen. Nur wenn wir in Lüttich als Besitzer unbeschränkte Herren der Lage sind und bleiben, können wir die erforderlichen militärischen und Verwaltungsmaßnahmen treffen. Ich vermag mir daher nicht zu denken, daß wir in irgend einer absehbaren und vertragsmäßig festgesetzten Zeit aus Lüttich herausgehen könnten."

(Mit erhobener Stimme): Und das nennt Michaelis maßvolle Kriegsziele! (Widerspruch rechts; ungestümer Lärm links; Rufe: Und Ludendorff wußte nichts!). Weiter heißt es in dem Schreiben:

„Die schweren Schäden, die wir den Nachbarn zugefügt haben, sind eine unvermeidliche Notwendigkeit des Krieges gewesen. Das Verständnis, daß Entschädigungen dafür in Frage kommen könnten, darf bei unserer militärischen Lage nicht vorausgesetzt werden."

Und schließlich die entscheidende Stelle aus der dem Briefe beiliegenden Ludendorffschen Denkschrift, die eine eigenartige Bekräftigung für die im Kronrat gefundene Formel über Belgien abgibt:

„Wir müssen das Gebiet zu beiden Seiten der Maas und südwestlich St. Vieth fest in der Hand behalten. Bisher sehe ich nur in der Einverleibung durch das deutsche Reich das Mittel dazu zu erreichen. Ob es ein anderes Mittel gibt, muß ich dahin gestellt sein lassen. Vorläufig scheint es mir noch nicht gefunden. Der Besitz der Maaslinie allein genügt nicht, um dem Industriegebiet die erforderliche Sicherheit zu geben. Wir müssen ein englisch-belgisch-französisches Heer noch weiter zurückschieben. Das kann nur dadurch geschehen, daß Belgien wirtschaftlich so eng an uns angeschlossen wird, daß es auch seinen politischen Anschluß an uns sucht. Der wirtschaftliche Anschluß wird ohne starken militärischen Druck, längerer Okkupation und ohne Besitzergreifung von Lüttich nicht ins Werk zu setzen sein. Die Neutralität Belgiens ist ein Phantom, mit dem praktisch nicht gerechnet werden darf."

Aus diesen Schriftstücken ergibt sich, daß über Belgien keine bindende Antwort gegeben wurde. Keine neutrale Macht der Welt hätte damals angesichts der wachsenden Teilnahme Amerikas einen so völlig unzureichenden Vorschlag über Belgien weitergegeben. Gleichzeitig wurde die Vaterlandspartei begründet, die die Forderungen der Heeresleitung unterstützte.

Wer stand hinter der Vaterlandspartei und lieferte ihr die reichen Mittel für ihre annexionistische Raserei? (Zuruf rechts. Abg. Traub: Schauspieler!; tosender Lärm links; Rufe: Politische Schurken! Vaterlandsverräter! Der Präsident läutet, nur abgerissene Worte des Redners dringen durch.) Das deutsche Volk wird Sie zur Rechenschaft ziehen. (Erneuter wilder Zuruf links: Verbrecherbande! Andauernde stürmische Bewegung.) Ich frage: Wo kamen die Mittel her? (Erneuter großer Lärm.) Von dem feudalen Adel und der Schwerindustrie. Eines lernen wir aus diesem Kriege: nämlich, daß ein Volk sich nicht besser schützt gegen die Wiederholung solcher Dinge, als wenn es die reichen Erwerbsquellen, die die Großindustrie besitzt, in den Besitz der Allgemeinheit überführt. (Stürmischer Beifall links; andauernde große Unruhe.) Gegen die Agitation, ob sie von rechts oder links gefördert wird, gibt es nur ein Gebot — Zuruf: Arbeit! Große Heiterkeit, die auf der Linken zu stürmischer Entrüstung wird; der Präsident läutet, während ein tosender Lärm ausbricht.) Ihre Klassengenossen — da gibt es Existenzen genug, die arbeiten sollten. (Neuer großer Lärm.) Der Staatsgerichtshof wird über Schuld und Unschuld am deutschen Volke entscheiden. (Stürmischer Beifall links; Zischen rechts.)

Vizepräsident Haußmann: Der Ministerpräsident hat von der Gewissenlosigkeit des Abg. von Gräfe gesprochen. Dieser Ausdruck verstößt gegen die Ordnung des Hauses. Ich bitte, ihn nicht zu wiederholen. (Heiterkeit und Beifall.)

Reichsfinanzminister Erzberger: Meine Ausführungen sind nicht in einer einzigen Zeile entkräftet worden. In dem Briefe des Nuntius war klar zum Ausdruck gebracht, daß eine verröhnliche Antwort die Friedensverhandlungen erleichtern würde. Die Voraussetzungen für ihre Anbahnung waren erstens eine bestimmte Erklärung Deutschlands über seine Kriegsziele, zweitens eine bestimmte Erklärung über Belgien. Der Brief ist am 23. August abgegangen. Warum er erst am 5. September eingetroffen ist, weiß ich nicht. Und die Antwort erfolgte am 24. September. Das sind nahezu vier Wochen. (Die Ausführungen des Ministers werden von der Rechten ständig durch Zurufe unterbrochen.) Von Ihnen (nach rechts) ist jeder Gedanke eines Verständigungsfriedens systematisch bekämpft worden.

Die offizielle Papstnote

war selbstverständlich erst ergangen nach vorheriger Fühlungnahme mit den beiden Mächten und zwar als die Friedensresolution des Reichstags bereits vorlag. Wer trägt die Schuld an diesem völligen Fiasko aller Friedensvorarbeit: Graf Westarp, die rechtsstehende Presse und die rechtsstehenden Parteien, die Vaterlandspartei. (Andauernde große Unruhe rechts.) Man mutete Belgien noch viel schlimmeres zu, als nur eine Annexion. Ein konfusere Regierung wie die vom September 1917 ist garnicht denkbar. (Andauernde Unruhe.) Wir wurden damals fast fußfällig gebeten, auf unseren Verzicht zu verzichten. Nur wenn wir in Lüttich als Herren. Denn es würde auf andere Weise eine friedigende Erklärung über Belgien an die Entente gelangen. Diese Erklärung aber konnte der Reichskanzler nicht wagen, dem deutschen Volke mitzuteilen; sonst wäre er fortgejagt worden, und das Volk hätte schon damals die Zügel selbst in die Hand genommen. Wir sind damals vom Reichskanzler Michaelis irregeführt worden. Der Beschluß des Kronrates konnte nicht mitgeteilt werden; denn er wäre als eine Brüskierung des Vermittlers aufgefaßt worden. In der Oeffentlichkeit hat Michaelis der Papstnote zugestimmt, unter der Hand erklärte er jetzt: Der heilige Stuhl hat nicht die Sicherheit unbedingter Vertraulichkeit. Die Unterstellung des Reichskanzlers Michaelis, daß ich einer Indiskretion fähig gewesen wäre, weise ich mit stärkstem Nachdruck als die letzten Ausläufe des Schmerbeschuldigten zurück. Die „Hamburger Nachrichten" haben ein Schreiben des Grafen Czernin veröffentlicht, in dem es heißt, er habe mich zur Rechenschaft nach Wien zitiert. Ich stelle fest, ich bin nicht nach Wien zitiert worden. Ich hätte auch einem solchen Rufe gar nicht Folge geleistet. Unter dem 29. April 1918 hatte der polnische Ministerpräsident ein Schreiben an die Reichsregierung gerichtet, in dem er dem deutschen Volke ein Bündnis angeboten hatte, auf der Basis der territorialen Unverletzlichkeit von Kongreß-Polen. Damals ist es der Abg. Schulz gewesen, der mit allen Mitteln hiergegen gearbeitet hat. Aehnlich war es in Litauen und in Kurland. Die Regierung wird das ganze Material veröffentlichen. Im übrigen stelle ich fest: Sie auf der Rechten sind die Alleinschuldigen am Unglück unseres Vaterlandes. (Stürmischer Beifall links, Widerspruch rechts.)

Landwirtschaftsminister Braun: Der Abg. Schulz hat es so dargestellt, als ob die Bewaffnung der Mitglieder des Landbundes auf Grund der Verordnung über die Bildung von Einwohnerwehren erfolgt sei. Davon kann keine Rede sein. Nachdem ich das Aktenmaterial des Landbundes in die Hände bekommen habe, weiß ich, daß es sich bei der Bewegung um ganz andere Dinge handelte, als um die Verhinderung von Plünderungen.

Die Beratung wird abgebrochen. Nach persönlichen Bemerkungen wird um 1/8 Uhr die nächste Sitzung auf Dienstag 0 Uhr anberaumt: Anfragen; Fortsetzung der politischen Aussprache; Verfassungsentwurf.

Für die Polonisierung Danzigs

Wie der „Glos Narodu" berichtet, hat die polnische Regierung in Warschau durch die Vermittlung des Staatsdepartements in Washington an den amerikanischen Polnischen Nationalausschuß ein Kabeltelegramm gerichtet:

„Im Auftrage des Ministerpräsidenten Paderewski bitten wir den Nationalausschuß inständigst um die möglichst sofortige Absendung von 1 Million Dollar zur Verfügung des Ministerpräsidenten für allgemeine Bedürfnisse und insbesondere für eine Aktion, die die polnische Zukunft Danzigs betrifft."

Auf diese Aufforderung entsandte der Nationalausschuß zunächst eine halbe Million Dollars an die polnische Regierung in Warschau. Die zweite Hälfte der Summe muß schleunigst gesammelt und nach Polen geschickt werden.

Die Wiederherstellung der Zollgrenze im Westen

Die Mitteilung über die Wiederherstellung der Zollgrenze im Westen ist inzwischen amtlich bestätigt worden. Marschall Foch hat eine Verfügung erlassen, wonach die deutschen Zollbehörden im besetzten Gebiet durch die interalliierte Rheinlandskommission angewiesen worden seien, die Vorkriegszölle auf die aus alliierten Ländern eingeführten Waren zu erheben. Damit wird im Prinzip die alte Zollgrenze gegenüber Belgien und Frankreich wiederhergestellt und die Einheitlichkeit des deutschen Wirtschaftsgebietes trotz der Besetzung der linksrheinischen Provinzen anerkannt. Eine Aenderung gegenüber dem Friedenszustand besteht allerdings infolge der Ausnahmebestimmungen für die elsaß-lothringische Einfuhr, die es schwierig machen, die im Prinzip anerkannte Zollpflicht der französischen Waren effektiv zu gestalten. Immerhin bedeutet auch die Anerkennung des Rechtszustandes einen Gewinn, der um so weniger zu unterschätzen ist, als bekanntlich die weitstehendsten Befürchtungen in linksrheinischen Kreisen bestanden, die sogar so weit gingen, daß mit einer Verlegung der Zollgrenze an den Rhein gerechnet. Die Wiederherstellung der alten Zollgrenze ist von entscheidender Bedeutung für das gesamte Wirtschaftsleben des Reiches und beseitigt vor allem eine Reihe von Argumenten der Anhänger der sogenannten „freien Wirtschaft", die immer wieder behaupteten, angesichts der „blutenden Wunde im Westen" sei überhaupt eine pfleglichere Behandlung des deutschen Wirtschaftskörpers aussichtslos. Die Aussicht auf Heilung dieser Wunde erhöht die Verpflichtung aller Kreise, die in dem Schutz und der Stärkung der heimischen Erzeugung die einzige Rettungsmöglichkeit sehen, den Weg des planmäßigen Wiederaufbaues — unter Vermeidung aller Bürokratisierung — zielbewußt weiterzuverfolgen.

Eine neue Internationale

Amsterdam, 28. Juli.

In der Vorkonferenz des „internationalen Gewerkschaftskongresses" sagte der Vorsitzende des „alten internationalen Gewerkschaftsbundes", Legien, auf die von belgischer Seite gegen die deutschen und österreichischen Gewerkschaften erhobenen Vorwürfe:

Die Deutschen seien nicht gewohnt, ohne irgendeinen Erfolg ins Blaue hinein zu protestieren. Ein Protest der Führer der deutschen Gewerkschaften gegen die Kriegspolitik der deutschen Regierung in Belgien wäre ein papierner Protest gewesen, darum habe man ihn unterlassen. Auch die deutschen Arbeiter hätten die Ueberzeugung gehabt, einen Verteidigungskrieg für die Erhaltung ihres Landes zu führen. Unter diesen Umständen habe man von den deutschen Arbeitern nicht verlangen können, daß sie die Kriegskredite verweigerten. Das hätte bedeutet, daß sie ihr eigenes Vaterland im Stiche lassen würden. Der Friedensvertrag von Versailles habe bewiesen, wie richtig es sei, daß die Deutschen einen Krieg zur Erhaltung ihres Landes geführt hätten. Bei alledem hätten die Führer der deutschen Gewerkschaften ihre Pflicht gegenüber der Internationale getan. Der Redner fragte, ob denn die englischen, französischen und italienischen Arbeiter gegen die Art, wie der Krieg von der Entente geführt wurde, ob sie gegen die Hungerblockade protestiert hätten, dagegen, daß gegen die Frauen, Greise und Kinder Krieg geführt worden sei. Die Deutschen geben zu, daß Belgien Unrecht geschehen ist und die Deportation der Arbeiter die schändlichste Tat war, die begangen werden konnte. Aber die Belgier hätten selbst helfen können, diese Tat zu verhüten, wenn sie dem Aufruf der Deutschen Gehör geschenkt hätten und freiwillig nach Deutschland gegangen wären, um dort zu arbeiten. Es sei Unrecht geschehen, und die deutschen Arbeiter bedauerten das auf das tiefste, aber sie seien ebensowenig schuldig am Kriege wie die Arbeiter Englands, Frankreichs oder irgend eines anderen Ententelandes. Es gehe auch nicht an, die deutschen Arbeiter, die den Militarismus stürzten, für die Missetaten einer früheren Regierung verantwortlich zu machen.

Hierauf wurde von der französischen Delegation beantragt, eine Kommission zu ernennen, um eine Resolution betreffend eine neue Internationale auf breiterer solidarischer Grundlage mit stärkeren Garantien für die Zukunft aufzurichten. Der Antrag der französischen Delegation wurde hierauf angenommen.

Die Rückbeförderung der französischen Truppen, die seit Oktober 1917 in Italien stehen, hat am Sonnabend begonnen.

Marx wieder verhaftet. Nach der „Voss. Ztg." wurde der Geschäftsführer des Allgemeinen Verbandes der deutschen Lauftbesitzer, Marx, Montag vormittag nach einer Vernehmung in Moabit erneut verhaftet. Die Verhaftung soll mit dem Vorwurf zusammenhängen, er habe Karl Emonts bei seiner Flucht begünstigt.

Ein Eisgüterzug völlig ausgeraubt. Eine dreißigköpfige, mit Handgranaten bewaffnete Räuberbande brachte auf der Strecke Essen—Köln einen Güterzug zum Stehen und raubte ihn vollständig aus. Vier Räuber wurden später nach heftigem Kampfe dingfest gemacht, die übrigen sind entkommen.

Copyright by Carl Duncker 1918. (Nachdruck verboten.)

Das grüne Kuvert

36] Erzählung von Otfried von Hanstein.

„Haben Sie sie selbst geholt?

„Nein, die beiden Boten, Pauli und der jetzt entlassene Schröder, haben diese Gänge abwechselnd gemacht."

„Wo ist der Bote Pauli?"

Zeisig, der wie alle anderen in gewisser Entfernung um die Gruppe standen, und mit erschreckten, gespannten Gesichtern zuschauten, rief:

„Hier ist er. Pauli, kommen Sie mal her."

Ein alter, würdig aussehender Mann, dem man den früheren Unteroffizier noch ansah, trat näher.

„Sie sind der Kassenbote Pauli?"

„Hausdiener Pauli."

„Haben Sie in den letzten Wochen oft für den Herrn Kassierer neue Tausendmarkscheine von der Reichsbank geholt?"

„Hier und da einmal, aber im ganzen war wenig zu kassieren. Kann sein, daß mein Kollege Schröder, der am Ersten weggegangen, mehr besorgt hat, das weiß ich nicht."

„Es ist gut. Un nun sagen Sie einmal, Herr Hanus, selbst wenn der Bote die größten Summen gebracht hätte, halten Sie es denn in der Tat für denkbar, daß die Reichsbank Ihnen Scheine aushändigt, deren Nummern gesperrt sind? Ja, daß wir nicht längst davon Mitteilung hätten, wenn solche Nummern überhaupt bei der Reichsbank eingegangen waren?"

Hanus Augen wanderten ruhelos und verängstigt umher.

„Ueberlegen Sie es sich genau. Haben Sie noch von irgend einer anderen Seite eine größere Zahlung in Tausendmarkscheinen erhalten? Sehen Sie Ihr Kassenbuch nach, wenn Ihr Gedächtnis Sie im Stich läßt."

„Nein, nein, aber jetzt entfinne ich mich genau. Schröder hat vor einigen Tagen einen großen Betrag auf der Diskontogesellschaft eingezogen, und den brachte er mir in neuen Scheinen. Er sagte, da er doch wüßte, daß ich solche jetzt brauche, habe er sie gleich auf der Reichsbank eingewechselt."

„Also gerade Schröder war so diensteifrig und besorgt, obwohl er doch wegging?"

Wieder hatte Schlüter die scharfe Ironie in seinen Worten.

„Ganz recht. Er wollte wohl ein möglichst gutes Zeugnis herausschinden."

„Und vor allem ist er Ihnen jetzt bequem, denn er ist nicht mehr da, während der Pauli zur Hand steht. Aber haben Sie keine Sorge. Aus der Welt ist der Schröder auch nicht, und ich habe sogar seine Adresse. Also überlegen Sie, ob Sie bei dieser unwahrscheinlichen Ausrede bleiben wollen."

„Es ist keine Ausrede."

Schlüter richtete sich auf.

„Haben Sie sonst noch etwas zu bemerken?"

„Nein."

„Ziehen Sie es nicht vor, ein offenes Geständnis abzulegen?"

„Ein Geständnis?"

„So muß ich Sie ersuchen, mich sofort nach dem Untersuchungsgefängnis zu begleiten."

„Sie wollen mich verhaften?"

„Das mag der Herr Untersuchungsrichter entscheiden. Jedenfalls stehen Sie in dem dringenden Verdacht, den Scheck unterschlagen zu haben, da sich das gesuchte Geld in Ihrer Kasse befindet."

„Herr Kommissar!"

„Bleiben Sie ganz ruhig, und wenn Sie klug sind, dann geben Sie eine ehrliche Beichte."

Hanus sah den Kommissar und den Kommerzienrat, der sich aber abgewandt hatte, mit entsetzten Augen an, dann sank er in seinen Stuhl.

„O, mein Gott!"

„Aber, Herr Kommissar, das ist doch vollkommen unmöglich! Ich habe doch den Scheck überhaupt niemals gesehen!"

„Sie haben aber das Kuvert, in dem er eingeschlossen war, vierundzwanzig Stunden in Ihrem Geldschrank gehabt, es ist also durchaus nicht ausgeschlossen, daß Sie die Zeit benutzten, um die Kuverts zu vertauschen. Dann haben Sie eben einfach das Geld, das Sie direkt oder durch einen Helfer erhoben, in der Geschäftskasse umgewechselt. Es war also sehr klug vom Herrn Kommerzienrat, Ihnen nichts von der Sperrung der Scheine zu sagen."

„Nein, nein, das ist nicht wahr — Herrgott im Himmel, das ist nicht wahr."

„Das wird die Untersuchung lehren."

In diesem Augenblick trat Wachtmeister Schreiber, den der Kommissar schon vorher telephonisch herbeigerufen hatte, in die Tr.

„Gut, daß Sie da sind, Schreiber. Haben Sie das Automobil unten?"

„Jawohl, Herr Kommissar."

„Gehen Sie mit dem Herrn hier immer voran, ich folge sogleich."

Schreiber warf einen kurzen, verstehenden Blick auf Hanus.

„Bitte, kommen Sie."

Andreas schaute nicht mehr auf. Mit glühend roten Wangen, die ihm die Scham gefärbt hatte und mit gesenktem Kopf schlich er neben dem Wachtmeister hinaus.

Schlüter schloß die Scheine wieder in den Geldschrank, nachdem er auch Hanus Bücher und Papiere hineingetan, dann klebte er ein Siegel auf das Schlüsselloch des Schrankes.

„Sie verzeihen, Herr Kommerzienrat."

„Bitte."

„Darf ich Sie noch einen Augenblick in Ihrem Büro sprechen?"

Schweigend gingen sie hinüber, und wie sie die Tür hinter sich geschlossen hatten, ging ein Murmeln und Raunen durch den Saal. Es war mancher, der Hanus gezürnt hatte, weil er so wenig zu den Freunde gehalten und der nun eine Vergeltung des Schicksals sah. —

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191907291-10/fragment/page=0003

Stadtverordneten-Sitzung

Stadtv.-Vorsteher Hennig leitet die Sitzung. Als Dringlichkeitssache sind zunächst von der Versammlung die Bedingungen für die Neuausschreibung der Stelle des ausscheidenden Stadtarts Kinne zu genehmigen. Stadtv. Keil trägt die Bedingungen vor, die die üblichen sind; der betreffende Stadtrat wird mit zwölfjähriger Amtsdauer angestellt und bezieht ein Gehalt von 6000 M., das sich bis auf 10 000 M. steigert, nebst Zulagen und Kriegsteuerungszulage. Die Bedingungen werden gebilligt.

Danach wird in die Tagesordnung eingetreten und mehrere Kapitel des Haushaltsplanes beraten. Das Kap. „Straßenreinigungswesen" schließt in seinen Einnahmen mit 90 850 M. (6550 mehr gegen das Vorjahr) und in den Ausgaben mit 760 610 M. (gegen 406 110 gegen 1918) ab, erfordert also einen Zuschuß von 670 260 M. Ueber den Zustand der Straßenreinigung entspinnt sich eine Aussprache. Stadtv. Hildebrandt (Unabh.) weist darauf hin, daß die Reinlichkeit der Straßen in der letzten Zeit nachgelassen habe. Die Müllabfuhr müsse gleichfalls verbessert werden; beim Aufladen in die offenen Wagen entsteht gesundheitsschädliche Staubentwicklung. Redner stellt den Antrag, der Sozialisierungsausschuß möge mit den Vorarbeiten zur

Verstadtlichung der Müllabfuhr

betraut werden. — Stadtrat Grote erklärt die Schwierigkeiten der gegenwärtigen mangelhaften Straßenreinigung. Es ist unmöglich, für die automobilen Kehrmaschinen Betriebsstoff zu erhalten. — Stadtv. Keil klagt gleichfalls über die unzulängliche Reinlichkeit der Straßen. Der Schmutz in der Stadt ist eine der allertraurigsten Folgen des Krieges oder auch der Revolution. Die fliegenden Kolonnen sind jetzt ganz verschwunden. Manche Straßen werden jetzt wochenlang überhaupt nicht mehr gereinigt; der Harz z. B. Auch die Reinigung selbst ist ungenügend. Es wird oberflächlich gekehrt, und es ist keine Aufsicht vorhanden. — Stadtrat Grote: Wir haben gegenwärtig überhaupt nur fliegende Kolonnen. Und das ist sehr zum Schaden der Reinigung, weil man die vielen kleinen Trupps nicht beaufsichtigen kann. — Stadtv. Müller (Mehrh.-Soz.): Die Arbeitslosen können ganz gut zu den Straßenreinigungsarbeiten verwandt werden. — Von anderer Seite wird eine Beschwerde von Anwohnern der Märkerstraße über den mangelhaften Reinlichkeitszustand der Märkerstraße übermittelt. — In der Abstimmung wird der Antrag Hildebrandt und der Etat angenommen. —

Kap. XX „Gesundheitspflege" erfordert insgesamt einen Zuschuß von 178 147 Mark (gegen 106 256 Mark im Vorjahre) und wird angenommen.

Kap. XXI „Wohnungsamt" erscheint erstmalig im Haushaltsplan und wird mit einem Gesamtzuschuß von 32 000 Mark genehmigt.

Stadtv. Ziegler (Deutschnat.) richtet folgende Anfrage an den Magistrat: „In größeren Städten, wie Magdeburg, Düsseldorf, Hannover werden städtischerseits

billige Zigarren und Zigaretten

aus den Beständen des Reichsvermertungsamtes (sogenannte Markebentierware) an die Bevölkerung abgegeben. Gedenkt der Magistrat, Schritte zu unternehmen, um der hiesigen Einwohnerschaft die gleiche Vergünstigung zu gewähren?" — Stadtv. Ziegler bemerkt zur Begründung der Anfrage, daß alle zu Gebote stehenden Mittel aufgeboten werden müssen, um die Lebenshaltung zu erleichtern, auch wenn es sich, wie im vorliegenden Falle, nicht unmittelbar um Nahrungs-, sondern um ein Genußmittel handelt. — Bürgermeister Seydel beantwortet die Anfrage dahin, daß schon vor geraumer Zeit ein Posten Zigarren und Zigaretten von der Stadt verkauft worden ist, den der Provinzial-Einkauf vermittelt hatte. Auch gegenwärtig schweben Verhandlungen wegen Ueberlassung eines erheblich größeren Postens Zigarren, die kurz vor dem Abschluß stehen. Den Verkauf wird der Magistrat überwachen, so daß die Waren zu angemessenen Preisen abgegeben werden. — Es wird beschlossen, in eine Besprechung der Anfrage einzutreten.

Stadtv. Balke (Dem.) führt aus, daß ihm der freie Handel nicht geeignet erscheint, Garantien für den Verkauf der Zigarren zu geben. Ich habe den Eindruck, daß auf dem Gebiete des Zigarrenhandels ein großer Preiswucher blüht. — Stadtv. Koenen (Unabh.) stellt den Antrag, den Vertrieb der städtischen Zigarren usw. durch den organisierten Konsum (Beamten- und Arbeiter-Konsum) vorzunehmen. — Bürgermeister Seydel: Selbstredend muß die Organisation des Verkaufes wohl überlegt werden; aber durch den Konsum allein kann das nicht geschehen. Auch die Konsumvereine werden selbstredend beliefert werden. — Stadtv. Hildebrandt (Unabh.): Wir werden überhaupt dahin kommen, daß wir später den gesamten Kleinhandel verstädtlichen. — In der Abstimmung wird nach weiterer Debatte der Antrag Koenen mit einem Zusatzantrag Kleeis (Neg.-Soz.) angenommen, daß für die nicht dem Konsum angeschlossenen Personen der Verkauf rationiert wird.

Der Antrag Kürbs (Unabh.) betr. Nutzbarmachung von Bodenschätzen wird dem Sozialisierungsausschuß überwiesen.

Der Magistrat hat beschlossen, die Gesamtkosten des doppelgleisigen Ausbaues der Linie Markt bis Rannischer Platz, welcher im Verkehrsinteresse dringend erforderlich wird, möglichst bald vorzunehmen ist, in Höhe von 178 550 Mark dem Erneuerungsfonds und, soweit dieser dazu nicht ausreicht, aus der noch zu bewilligenden Anleihe zu entnehmen. Die Stadtverordneten-Versammlung stimmt diesem Beschlusse zu. (Berichterstatter Stadtv. Ritter (Dem.).

Stadtv. Balke (Dem.) äußert Bedenken gegen die schnelle Ausführung des Projekts und bittet den Magistrat um Auskunft, bis zu welchem Zeitpunkte das Gleis ausgebaut sein wird.

Bürgermeister Seydel erwidert darauf, daß die Hauptstrecke Markt—Francketplatz noch in diesem Sommer fertiggestellt werden wird. Die Reststrecke wird, sofern Material in ausreichender Menge zur Verfügung steht, bis zum nächsten Jahre voraussichtlich ausgebaut sein.

Stadtv. Vollbracht (Soz.) bittet, die Kanalisationsarbeiten Francketplatz—Rannischer Platz sofort in Angriff zu nehmen.

Der Magistrat beantragt: Da mit dem

Weiterbestehen des hiesigen Arbeiterrates

zu rechnen ist, sind auch die Zahlungen an diesen (Entschädigung für entgangenen Arbeitsverdienst, Erstattung der Verwaltungskosten) weiter zu leisten. Diese erfolgten bisher aus dem Kriegsfonds. Da dieser demnächst eingeht, für die Zahlung der fraglichen Beträge aus dem Kriegsfonds auch an sich kein Grund vorliegt, hat der Magistrat beschlossen, in den Haushaltsplan 1919 unter Kap. VI, B II neue Ziffer 18, nachträglich 50 000 Mark Kosten des Arbeiterrates einzustellen. Die Stadtverordneten-Versammlung wird ersucht, bei Beratung des Haushaltsplanes 1919 die nachträgliche Einstellung zu genehmigen.

Der Berichterstatter, Stadtverordneter Kleeis (Soz.), empfiehlt Annahme des Antrages, gibt aber zugleich dem Wunsche Ausdruck, daß der Mittlere Arbeiterrat in Zukunft seine Ausgaben nach Möglichkeit einschränken möge.

Stadtv. Minner (Dem.): Ich bitte, den Antrag abzulehnen. Ich will die Arbeiterräte als Vertreter der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft anerkennen, aber nur auf diesem Gebiete. Jedes Aufsichts- und Kontrollrecht lehnen wir ab. Dafür sind die rechtmäßig und auf Grund des freiesten Wahlrechts gewählten Stadtverordneten da. Aber ich glaube, daß sich der Arbeiterrat weitere Ziele gesteckt und sich einen Einfluß auf die Verwaltung sichern will. Die Arbeiterräte sind eine Errungenschaft der Revolution gewesen, auch die jetzige Zusammensetzung der Stadtverordnetenversammlung ist eine Errungenschaft der Revolution. Das beweisen die 27 Vertreter der U. S. P. Jetzt wollen Sie demnach noch ein Kontroll- und Aufsichtsrecht über sich selbst haben? Die Unterhaltung des Mittleren Arbeiterrates verlangt einen Zuschuß von 50 000 M. Diesen Luxus können wir uns nicht leisten. Es würde sich eher empfehlen, diese Summe im Interesse der ärmeren Bevölkerungsschichten zur Verbilligung der Lebensmittel zu verwenden. Ist der Magistrat überhaupt berechtigt, einen derartigen Zuschuß zu gewähren? Ferner erinnere ich an die Worte der Mehrheitssozialisten vom 4. April, die damals erklärten, daß die praktische Tätigkeit des mittleren Arbeiterrates zu gering sei und demzufolge diese Ausgaben der Stadt erspart werden könnten.

Stadtv. Kürbs (U. S. P.): Daß von der bürgerlichen Seite Angriffe gegen diesen Antrag erfolgen würden, war selbstverständlich. Jene scheinen den Zug der Zeit nicht begriffen zu haben. Sie haben sich gegen früher nur insofern geändert, als sie einen anderen Namen angenommen haben. Erinnern Sie sich der Demonstration am 21. Juli. Dann müssen Sie selbst zugeben, daß die Forderung nach dem Rätesystem „Lüge" unterstützt werden kann. Die Erklärung der Mehrheitssozialisten zum 4. April beweist deutlich, daß sie von der Tätigkeit des Mittleren Arbeiterrates unwohlkommen unterrichtet ist. Seine Tätigkeit ist nicht so gering, daß sie ehrenamtlich ausgeübt werden könnte. So ist die ausreichende Versorgung mit Kartoffeln der Stadt ein unbedingtes Verdienst des Mittleren Arbeiterrates, das auch vom Magistrat und von der Regierung anerkannt worden ist. Der Mittlere Arbeiterrat hat ferner eine große Arbeit geleistet bei den Preisprüfungen und bei der Bekämpfung des Schleichhandels und Wuchers. Redner führt hierfür eine Reihe von Beispielen an, in denen die Tätigkeit der Polizei teilweise völlig versagt habe. Die Aufwendungen — fährt er fort — die für den Mittleren Arbeiterrat gemacht werden, entsprechen wirklich seinen Leistungen. Allerdings ist seine Zusammenarbeit mit der neu eingerichteten Ueberwachungsstelle der Polizei zur Ueberwindung des Schleichhandels nicht so ersprießlich, wie es früher mit der Gewerbepolizei der Fall war. Der Schleichhandel könnte viel wirksamer bekämpft werden, wenn die Polizei ein größeres Vertrauen in der Bevölkerung genösse. Der Mittlere Arbeiterrat hat aber noch ein weites Arbeitsfeld für die Zukunft, besonders in der Ernährungsfrage. Die Maßnahmen des Magistrats gehen mir in diesem Falle nicht immer. So sind in zahlreichen Städten Mitglieder der Arbeiterräte in die Feststellungskommission berufen worden. Dieser Schritt hat freilich nicht immer das Gefallen der Landräte gefunden. Im übrigen würde nicht ein einziger der sieben Mitglieder des mittleren Arbeiterrates einen Pfennig annehmen, wenn er übergeugt wäre, daß er für diese Entschädigung keine Arbeit leistete. Wenn die beantragten Mittel nicht bewilligt werden, so kann man damit den Schleichhändlern keinen größeren Gefallen tun.

Stadtv. Carlsson (Dtschnatl.): Wir müssen den Antrag ablehnen, weil wir damit ein Klassenrecht schaffen würden, und dagegen (an den Soz. gewandt) haben Sie doch immer gekämpft. Würde dieselbe Summe etwa für einen Bürgerrat gefordert werden, so müßten Sie sie auch bewilligen. Es ist nicht zu bestreiten, daß der Mittlere Arbeiterrat auf manchen Gebieten etwas Gutes geleistet hat. Wo sind aber die Stellen des Magistrats geblieben, die diese Tätigkeit eigentlich ausüben sollten?

Stadtv. Günther (Unabh.): Ich hätte nicht geglaubt, daß sich über den Antrag eine derartige Debatte entspinnen würde, nachdem in einer der letzten Sitzungen vom Magistrat und von der Mehrheit der Stadtverordneten die Existenzberechtigung des Mittleren Arbeiterrates anerkannt worden ist. Was sein angefochtenes Kontrollrecht anbelangt, so sind wir gezwungen, eine Reihe von Kontroll- und anderen Aemtern auszuüben, da hierfür keine zuständige Stelle vorhanden ist. Von seiner Tätigkeit hinsichtlich der Preisprüfungen haben z. B. alle Kreise Vorteile. Die Finanzierung des Arbeiterrates ist gesetzlich festgelegt und kann nur von der Stadtverordnetenversammlung selbst abgelehnt werden. Sie müßte aber sehr reaktionär sein, wenn sie das täte. Aber

was die Arbeiterschaft will, das setzt sie auch durch!

Der Mittlere Arbeiterrat bestand ursprünglich aus 14 Mitgliedern und hat sich dann von selbst auf 7 Mitglieder reduziert. Diese betätigen sich, wie schon ausgeführt wurde, auf den verschiedensten Gebieten. Ein weiteres Verdienst derselben besteht auch darin, daß er „auf die Arbeiterkreise beruhigend" einwirkt, die häufig mit Klagen über schlechte Lebensmittel- und Kohlenversorgung an ihn herantreten. Ferner hat er durch Aufdecken von Schiebergeschäften der Allgemeinheit gedient. Es bestände sicherlich eine andere Meinung über ihn, wenn über seine Tätigkeit mehr in die Oeffentlichkeit gedrungen wäre. Wir sind der Ueberzeugung, daß alle, die sich mit irgend einem Anliegen an den Arbeiterrat gewandt haben, befriedigt weggegangen sind. Zur Hebung der Erwerbslosenfürsorge sind in den meisten Städten besondere Erwerbslosenräte gebildet worden. In Halle hat der Mittlere Arbeiterrat in Verbindung mit dem Arbeitsamt diese Tätigkeit ausgeübt. Des weiteren haben seine Mitglieder in den Verhandlungen des Mieteinigungsamtes uneigennützig als Beisitzer gewirkt und ist weiter auch bei der Demobilisierung und bei der Erteilung von Rechtsauskünften tätig gewesen.

Stadtv. Minner (Dem.): Unser Antrag auf Ablehnung der geforderten Mittel beruht auf demokratischer Grundlage. Wir verstehen unter Demokratie: Gleiches Recht für Alle. Es gibt aber nichts Undemokratischeres als den Mittleren Arbeiterrat; der in keinem Verhältnis zum Großen Arbeiterrat steht. Dieser setzt sich zusammen aus 85 Bürgerlichen, 12 Mehrheitssozialisten und 38 unabhängigen Vertretern. Ich erkenne Ihre Arbeit auf wirtschaftlichem Gebiete an. Was Sie jetzt aber gegenwärtig Weise nur auf wirtschaftlichem Gebiete leisten, das ist nur eine Vorstufe dafür, um in die Geheimnisse der Amtsstuben einzudringen. Dazu sind aber die vom Volke gewählten Vertreter berufen. Und wo bleiben da unsere städtischen Behörden? Oder sind diese aufgehoben durch die Tätigkeit des Mittleren Arbeiterrates? Was die Tätigkeit der Feststellungskommissionen anbelangt, so ist die Stadt doch wohl nicht verpflichtet, deren Tätigkeit für den Kreis zu bezahlen. Sie solle gewiß keinen Federstrich umsonst tun. Es wurde vorhin eingewandt, daß für verschiedene Aemter keine zuständigen Stellen vorhanden seien, daß zur Unterbindung des Schleichhandels die Gewerbepolizei vielleicht auch zu schwach sei. Und da sehen Sie vor drei Tagen den Polizeistat ab? Im übrigen ist die Finanzierung des Arbeiterrates seit dem 22. Mai in die Hand der Stadt gegeben. Ein Aufsichtsrecht Ihrerseits lehnen wir ab, Ihre wirtschaftliche Tätigkeit können Sie weiter ausüben; eine Nebenregierung, einen Staat im Staate wollen wir nicht. Das entspricht nicht den demokratischen Grundsätzen.

Stadtv. Koenen (Unabh.): Die heutige Demokratie ist noch keine Demokratie. Solange wir noch Millionäre und arme Leute haben, kann von Gleichheit und Demokratie keine Rede sein. Wir verstehen darunter auch wirtschaftliche Gleichheit. Der mittlere Arbeiterrat muß daher in jeder Weise gestärkt werden, um seine soziale Arbeit noch wirksamer zu gestalten. Die Verwaltung wird von Beamten geführt, die in keiner Fühlung mit der Bevölkerung stehen. Bisher hat aber der Magistrat noch ein stärkeres Recht als die Stadtverordnetenversammlung, und vorläufig liegt nicht einmal die Möglichkeit vor, daß die Bevölkerung die Verwaltungsexekutive ausüben darf. Damit dies erreicht werden kann, muß der mittlere Arbeiterrat bestehen bleiben. Wir wollen damit kein Klassenrecht einrichten, Sie (zu den Bürgerlichen gewandt) haben vielmehr noch eine Unsumme von Vorrechten, vor allem das Vorrecht der höheren Bildung. In dieser Hinsicht sucht der Arbeiterrat einen Ausgleich zu schaffen. Der letzte Erlaß der Regierung erkennt das Kontrollrecht der Arbeiterräte außer in kommunalen Angelegenheiten an. Die angeführte Mitteilung der Mehrheitssozialisten vom 4. April ist nicht die Meinung der Mehrheit dieser Partei, deren führende Kreise für die Arbeiterräte eintreten. Der Mittlere Arbeiterrat besteht also zu Recht und hat somit die erforderlichen Mittel zu beanspruchen. Es ist nur zu Ihrem Vorteil, daß der mittlere Arbeiterrat hier arbeitet. Nicht des praktischen Zweckes, sondern des politischen Prinzips wegen ist man gegen die

Stadtv. Dürrfeld (Soz.): Darüber zu entscheiden, ob dem Mittleren Arbeiterrat ein Kontrollrecht zusteht, ist Sache der gesetzgebenden Körperschaften. Da es sich überdies nur um eine provisorische Einrichtung für wenige Wochen handelt, so liegt kein Grund vor, die Mittel nicht zu bewilligen. Dieser Schritt würde außerdem in der Bevölkerung einen Sturm der Entrüstung hervorrufen.

Stadtv. Kleeis (Soz.) betont, daß die damalige Ablehnung seiner Partei sich lediglich auf die Wahl und Zusammensetzung des Mittleren Arbeiterrats bezogen habe, daß dieser aber nach der Entscheidung der Regierung zu Recht bestehe.

Stadtv. Minner (Dem.) beantragt, die drei Stadtverordneten, die zugleich Mitglieder des Mittleren Arbeiterrates sind, gemäß § 8 der Geschäftsordnung von der Abstimmung auszuschließen. Gegen diesen Antrag äußert sich Stadtv. Hildebrandt (Unabh.) in scharfen und beleidigenden Worten, so daß er vom Vorsitzenden zur Ordnung gerufen wird.

Stadtv. Minner zieht seinen Antrag zurück. Die Mittel für den Mittleren Arbeiterrat werden bewilligt.

(Fortsetzung folgt.)

Volkswirtschaft

Die Kalipreiserhöhung gesichert

Der Tarifvertrag zwischen den Kaliunternehmern und den Kaliarbeitern ist unter Mitwirkung des Reichswirtschaftsministeriums, vertreten durch Geheimen Oberregierungsrat Graefner, abgeschlossen und unterschrieben worden. Die Annahme der Preisätze des Kalisyndikats im Reichskalirat ist ebenfalls gesichert. Die Kaliwerke sind fort verständigt worden, den Abschluß dieses Tarifvertrags durch Aushang bekannt zu geben. Die Bezirkslohntarife werden mit Wirkung ab 1. Juli in Kraft treten, nachdem sich ergeben hat, daß die erforderlichen Preiserhöhungen vom Reichskalirat schnellstens durchgeführt werden. Der Tarifvertrag bringt erhebliche Lohnzulagen für die Kaliarbeiter und regelt auch die Urlaubsfrage.

Am Freitag findet voraussichtlich die erste Sitzung des Reichskalirates statt.

Ammendorfer Papierfabrik in Radewell. Die Aktien der Unternehmens, die seit langer Zeit nicht notiert worden sind, sollen nunmehr, wenn irgend möglich, wieder zur Notiz gelangen. In den nächsten Tagen ist das wertvolle Bezugsrecht geltend zu machen auf die 30 000 Mk. jungen Aktien, die den Aktionären im Verhältnis von 11 : 2 gratis gewährt werden.

Berliner Börsenberichte

Börsenstimmungsbild. Auch zu Beginn der neuen Woche hat sich in der bisherigen abwartenden Haltung der Kurse nicht viel verändert. Die Kursbildung unterlag bei der vorherrschenden Geschäftsstille im allgemeinen nur geringfügigen Veränderungen. Für Valutawerte erhielt sich die Kauflust weiter, und von den hierher gehörigen Papieren standen Orientbahn- und Türkische Tabakaktien 5—4 Prozent höher. Auch in Schiffahrtsaktien entwickelte sich einiges Geschäft zu um 1—2 Prozent höheren Kursen; doch ließ dies bald wieder nach, und die Kurse büßten einen Teil der erzielten Aufschläge wieder ein. Am Montanmarkte war die Kursbildung bei Schwankungen bis zu 1 und 2 Prozent ungleichmäßig. Abschwächungen waren hier in der Mehrzahl. Von chemischen Werten sind Alt.-Ges. für Anilinfabrikation 3 Prozent höher. Die übrigen Industrieaktien sind nur geringfügig verändert. Kanada unterlag starken Schwankungen (5/8—5/8). Kriegsanleihe und Schatzscheine bröckelten zumeist etwas ab. Die erstere notierte 82,70. Alte heimische Anleihen lagen fest. Oesterreichische und ungarische Renten waren bei etwas höheren Kursen nahezu umsatzlos.

Produktenbericht. Nach den vorliegenden Berichten ist ein sehr großer Teil der Roggenernte geschnitten, aber noch nicht eingefahren. Die nächsten Hafmkrüche, die zur Abernten kommen, werden Gerste, Hafer und dann Weizen sein. Die Urteile über die voraussichtlichen Ergebnisse lauten für alle Getreidearten überwiegend zuversichtlich. In Saatgetreide entwickelt sich jetzt mehr Geschäft. In Wintergerste, Saatweizen und Saatroggen handelt es sich zunächst um Lieferung anerkannter Saaten. Lupinen und Serradella bleiben bei schwankenden Preisen weiter angeboten. Wetter: bedeckt.

Im freien Verkehr wurden nichtamtlich ermittelt:

Eisenbahn-Aktien!		Gasmotoren Deutz	—
Halberstadt-Blankenb.	—	Gebhardt u. Co.	298.—
Halle-Hettstedter	70,50	Gebhardt u. König	192.—
Schantungbahn	138.25	Gelsenkirch. Bergb.	175,25
Allg. Lokal-Str.	131.—	Gesellschaft Steinkohlen	210,50
Gr. Berl. Str.	121,½	Hallesche Masch.-Fabr.	310.—
Magdeburger Str.-B.	98,50	Hann. Masch.	316,50
Lux. Prinz Heinrich.-B.	307,50	Harpener Berg	229,75
Orientbahn	252,—	Hasper Eisen	147,75
Schiffahrts-Akt.:		Hirsch Kupfer	215,50
Hambg. Paketfahrt	102,—	Höchster Farbw.	290.—
Hambg. Südamerika	172,—	Hoesch Eisen u. Stahl	211,50
Hansa-Dampfschiff	226,50	Hohenlohe-Werke	115.—
Nordd. Lloyd	104,—	Humboldt-Masch.	120,25
Banken:		Ilse-Bergbau	303.—
Bank für Thür.	72,—	Kahla-Porzellan	302,25
Berl. Handelsges.	152,75	Kaliw. Aschersleben	162,25
Comm u. Diskontobank	123,50	Körbisdf. Zucker-Akt.	—
Darmstädter Bank	108,25	Kyffhäuserhütte	—
Dess. Landesbank	111.—	Lahmeyer u. Co.	136.—
Deutsche Bank	193.—	Lauchhammer	166.—
Diskonto-Comm.	153.—	Laurahütte	168.—
Dresdner Bank	130,—	Linke u Hofmann	295,75
Credit-Anst. Leipzig	136,—	Ludwig Loewe u. Co.	221.—
Mitteld. Kreditbank	114,—	Lothringer Hütte	148,50
Privat-Bank	—,—	Mannesmannröhren	186.—
Nationalbank	—,—	Oberschl. Eisenb.-Bed.	134,75
Oesterr. Kredit	—,—	do. Caro Heg.	90,—
Reichsbank	147,75	do. Kokswerke	207.—
Industrie-Aktien:		Orenstein u Koppel	178,75
Schultheiss-Brauerei	243.—	Phönix-Bergb.	168,25
Akt. f. Anilin	246.—	Rhein. Metall-Vorz.	175,25
Allgem. Elektr.-Ges.	175.—	Rhein Stahlwaren	137,50
Ammendorfer Papierf.	—,—	Riebeck Montan	187,75
Anhalter Kohlenw.	163,—	Rombacher Hütten	154,50
Annaberger Steingut	180,—	Rositzer Braunk.	116.—
Badische Anilin	325.—	Rositzer Zucker	118.—
Bergmann-Elekt.-Akt.	138,½	Saarbrücker Masch.	234,75
Berl. Masch.-Bau	202,50	Hugo Schneider u. Co.	188.—
Bismarckhütte	217,25	Schuckert u. Co.	172,25
Bochumer Gußstahl	184.—	Siemens u. Halske	183,50
Chem. Fabrik Buckau	115.—	Stettiner Vulkan	165,75
Chem. Griesheim	198,50	Stollberger Zinkh.	157,½
Chem. v. Heyden	218.—	Strals. Spielkarten	241.—
Consolidation Schalke	216.—	Thüle-Rathenower	237,75
Cröllwitzer Papierfabr.	216.—	Triptis-Akt.-Ges.	172,25
Daimler-Motoren	198,50	Türkische Tabakregie	541.—
Deutsch-Luxemburg	143,25	Ver. Köln-Rottweiler	117.—
Deutsche Uebersee-El.	223,50	Glanzstoff Elberf.	—,—
Deutsche Erdöl	306,25	Wegelin u. Hübner	181.—
Deutsche Gasglühl.	375,—	Werach.-Weissenf. Brk.	—
Deutsche Kali	180,—	Westeregeln-Alkali	216,50
Deutsche Waff. u. Mun.	2.2,—	Wittener Gußstahl	194.—
Donnersmarckhütte	210,—	Wrede-Mälzerei	118.—
Döring u. Lehrmann	120,—	Zeich.-Kliebitsch. Brk.	—
Dürkoppwerke	289.—	Zeitzer Masch.	347,25
Elberfelder Farben	292,50	Zellstoff Walthof	172.—
Felten u. Guilleaume	161,50	Otavi-Minen	—,—

Hauptschriftleiter Helmut Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher; für politische Nachrichten
Volkswirtschaft und Sport: Hans Helling, für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Adolf Meyer.
Angezeigenteil: Paul Kerben, sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele, Buch- u. Kunstdruckerei, Berlag der Hallesche Zeitung, Gebrüder

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191907291-10/fragment/page=0004